

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur: 355
Karl H o n a y

Wien, Freitag, den 14. Oktober 1927.

WIENER GEMEINDERAT

Sitzung vom 14. Oktober 1927.

Bürgermeister Seitz eröffnet um 5 Uhr die Sitzung. Dem Gemeinderat liegt eine umfangreiche Tagesordnung vor, zu der 41 Redner der Parteien der Einheitsliste zum Wort gemeldet sind. Zunächst werden ohne Debatte Zuschusskredite für die städtische Häuserverwaltung und die Erweiterung der Kühlanlage in der Grossmarkthalle beschlossen. Der Gemeinderat nimmt dann seine Beratungen auf und Gemeinderat Grünfeld ersucht um Genehmigung von Zuschusskrediten von insgesamt 204.000 Schilling für die Ausgestaltung der Gemeindefriedhöfe.

GR. Merbaul (E.L.) kritisiert zunächst die Unzulänglichkeit der Aufbahrungshalle beim dritten Tor auf dem Zentralfriedhof. Die Halle ist viel zu klein, sie wird auch nicht gereinigt, so dass hunderte von Spinnhäuten die Wände bedecken. Trotzdem immer eine grosse Menge von Saisonarbeitern angestellt wird, wächst noch immer auf den Gräbern Gras und Unkraut. Auf dem Meidlinger Friedhof herrschen dieselben Zustände. Die christliche Bevölkerung erträgt diese nicht mehr und es ist höchste Zeit, mit diesen Zuständen aufzuräumen. (Beifall).

GR. Gschladt (E.L.) bespricht zunächst dass die Bediensteten von privaten Leichenbestattungen auf dem Meidlinger Friedhof keinen Aufenthaltsraum haben, während die Bediensteten der städtischen Leichenbestattung über eine solche verfügen. Die Bediensteten von privaten Leichenbestattungen müssen sich im Freien auf versteckten Gräbern umkleiden, wobei sie riskieren, dass ihnen die Kleider gestohlen werden. Im Winter müssen die Leute stundenlang im Freien herumstehen. Eine solche Art des Konkurrenzkampfes zwischen der städtischen Leichenbestattung und den privaten Leichenbestattungen ist allen Anstandes bar und auch der Gemeinde Wien unwürdig. Für die Errichtung eines Baues eines Aufenthaltsraumes für die Bediensteten der Leichenbestattungen ist genug Platz vorhanden. Die Gemeinde Wien ist verpflichtet, solche Räume herzustellen.

Bürgermeister Seitz: Ich muss Sie, Herr GR. Gschladt, darauf aufmerksam machen, dass wir nicht über Leichenbestattungen, sondern über Friedhöfe sprechen.

GR. Gschladt (E.L.): Ich spreche über Zustände auf dem Meidlinger Friedhof.

Bürgermeister Seitz: Ich rufe Sie zur Sache.

GR. Gschladt: Ich urgiere die Herstellung von notwendigen Lokalitäten auf dem Meidlinger Friedhof. Mehr kann man nicht tun.

Bürgermeister Seitz: Da muss ich Sie um Entschuldigung bitten weil natürlich niemand voraussetzen kann, dass jemand auf den Gedanken kommt, dass Sie für private Geschäftsbetriebe Einrichtungen auf den Gemeindefriedhöfen haben wollen, da müssen Sie sich dazu bekennen, dass eine solche Protektion für einzelne Geschäftsleute haben wollen.

Rufe bei der Minderheit: Herr Bürgermeister: Das ist eine Verpflichtung der Gemeinde! Gegenrufe bei den Sozialdemokraten: Ihr seid schöne Gemeindevertreter! Grosser Lärm. Man hört plötzlich den GR. Eisinger laut zur Minderheit gewendet, Trottel rufen.

GR. Gschladt (E.L.): Ich verwehre mich entschieden dagegen, dass ich eine Protektion gegenüber irgend jemand übe!

Diesen Satz spricht GR. Gschladt sehr laut, weil bei der Minderheit grosser Lärm auf den Zwischenruf des GR. Eisinger entstanden ist.

GR. Rummelhardt (E.L.) ruft dem Bürgermeister zu: Haben Sie den Ausdruck Trottel gehört? GR. Untermüller (E.L.) ruft dem GR. Eisinger (Soz. Dem.) zu: Sie sind ein Verleumder! GR. Eisinger (Soz. Dem.) zu GR. Untermüller (E.L.): Sie gekauftes Subjekt! Der Lärm nimmt zu und viele Zwischenrufe sind im Lärm nicht zu verstehen. Rufe bei den Parteien der Einheitsliste: Eisinger muss den Ordnungsruf bekommen! GR. Doppler (E.L.): Da gibts kein Verhandeln! GR. Rummelhardt (E.L.): Er schreit Trottel! Das ist ganz unmöglich! GR. Haider (E.L.): Ein Verleumder beschimpft anständige Leute! GR. Eisinger (Soz. Dem.): Sie gekauftes Subjekt!

Dem wiederholten Ersuchen des Bürgermeisters um Ruhe wird erst nach längerer Zeit entsprochen. Als der Bürgermeister sich wieder vernünftig machen kann, sagt er:

Bürgermeister Seitz: Es ist mir zur Kenntniss gelangt, dass im Rahmen dieses Geschreies, bei dem man hier einzelne Rufe nicht verstehen kann, der Herr Gemeinderat Untermüller zum Herrn Gemeinderat

G. R. Eisinger (Soz. dem.): Der Stöger hat mich Verleumder geheissen!

GR. Untermüller (E.L.): Ich habe es auch gerufen!

Bürgermeister: Das Wort Verleumder hinüber gerufen hat.

GR. Rummelhardt: Nicht zuerst!

GR. Eisinger: Zuerst!

GR. Freyer (E.L.): Zuerst hat der Eisinger geschimpft, dort ist es angegangen, er hat zuerst Trottel herüber gerufen! Ist das eine Anständigkeit! Das lassen wir uns nicht gefallen!

Bürgermeister: Dieser Zwischenruf Verleumder ist aber nicht nur vom Herrn Gemeinderat Untermüller sondern auch von anderen Mitgliedern der linken Seite - ohne dass es festgestellt werden konnte, von wem gefallen. Das ist die Bezeichnung eines Verbrechens. Daraufhin hat sich Herr Gemeinderat Eisinger zu dem Wort Trottel hinreissen lassen.

GR. Untermüller: Nein, nicht daraufhin, sondern zuerst!

Bürgermeister: Dieser Ausdruck ist eine Beschimpfung. Ich rufe also die Herren Gemeinderäte Untermüller und Eisinger zur Ordnung und behalte mir vor, die im Laufe dieses - ich bitte um Entschuldigung aber man kann nicht anders sagen - Geschreies, gefallenen sonstigen Beschimpfungen und Beleidigungen etwa noch aus dem Protokoll zu konstatieren und dann noch notwendigen übrigen Ordnungsverfügungen zu treffen.

GR. Lehninger (E.L.): Gebt ihm in die Bildungsstelle, damit er Manieren lernt!

Bei diesem Ausruf entsteht bei den Sozialdemokraten grosser Lärm! Man hört nur die Rufe: Böhre! Unerhört! Frechheit!

Bürgermeister Seitz bittet nochmals um Ruhe. Erst nach einigen Minuten legt sich der Lärm und Gemeinderat Gschladt beendet seine Ausführungen in dem er, sich um die Vernachlässigungen der Gehwege und der Schachgräber auf dem Meidlingerfriedhof beschwert. Es werde überhaupt gelnikert, wo es sich um die Erhaltung von katholischen Friedhöfen handle. Gemeinderat Grünfeld versichert in seinem Schlussworte, die Gemeinde sei bemüht, auf dem Meidlinger Friedhof Verbesserungen durchzuführen. Ein Beweis dafür liege ja in der Inanspruchnahme der Zuschusskredite. Verbesserungen sind auch schon bisher durchgeführt worden, so wurden die meisten Wege asphaltiert, allerdings kann es nicht die Aufgabe der Gemeinde sein für Private Unterkünfte zuzuschaffen.

Der Antrag wird sodann genehmigt.

Zweiter Bogen.

Bürgermeister Seitz kommt sodann auf das von Gemeinderat Kunschak in der letzten Gemeinderatssitzung gestellte Verlangen zurück, es möge dem Stadtrate Weber für den von diesem gebrauchten Ausdruck "gemeiner Karl" der Ordnungsruf erteilt werden. Da das stenographische Protokoll einer solchen Zwischenruf nicht verzeichnete, ^{konnte} ich, erklärt der Bürgermeister in der letzten Sitzung nicht weiter einschreiten. Nach der Sitzung hat mich Gemeinderat Weber verständigt, dass er zwar keinen solchen Zwischenruf gemacht, aber diesen Ausdruck in einem lautgeführten Gespräch mit einem anderen Gemeinderat gebraucht habe und zwar in Abwehr gegen einen anderen Gemeinderat, der den damaligen Referenten Dr. Danneberg einen bewussten Verleumder genannt hat. Dieser Gemeinderat wurde schon in der letzten Sitzung zur Ordnung gerufen. Da Stadtrat Weber sich zu dem oben erwähnten unparlamentarischen Ausdruck selbst bekannt hat, erteile ich auch ihm den Ordnungsruf. Der Bürgermeister knüpft daran das Ersuchen, in Zukunft im Interesse des Gemeinderates scharfe Ausdrücke zu vermeiden.

GR. Grüfeld referiert dann über den Antrag auf Vergrößerung der Leichenhalle im Wiener Zentralfriedhof nächst der Gruppe 63 mit einem Kostenaufwand von 48.000 Schilling.

GR. Binder (E.L.) stellt fest, dass der Antrag auf Vergrößerung der Leichenhalle eigentlich von der Minorität stamme. Auch die Minorität begrüsse die Vergrößerung, nur hätte das schon im Jahre 1923 vorausgesehen werden sollen, dann wäre die Vergrößerung mit weitaus geringeren Kosten möglich gewesen.

Der Antrag wird angenommen.

St.R. Dr. Tandler berichtet über den Antrag wegen Gewährung eines Zuschusskredites von einer Million Schilling für die "Kosten der Schülernausspeisung in den Schulen".

GRin. Wielisch wünscht, es möge die Einrichtung, dass die Schülernausspeisungen in den Kindergärten an gedeckten Tischen stattfinden und dass die Kinder aus Tellern gespeist werden, verallgemeinert werden. Sie fragt, ob das für Schülernausspeisungen eingesetzte Kuratorium noch besteht, da bisher keine Sitzung einberufen worden ist.

GR. Höppeler (E.L.) stellt die Frage, wieviel Schüler im letzten Jahre mehr ausgespeist wurden, als im vergangenen, da ein Zuschusskredit nötig sei. Er führt Klage darüber, dass die von ihm seinerzeit gerügten Uebelstände bei Ausspeisungen namentlich durch Wöc-Küchen bisher nicht aus der Welt geschafft worden seien. Besondere Uebelstände bestehen bei der Ausspeisungsstelle V., Margaretenstrasse 103. Dort erfolgt die Ausspeisung der Kinder, ⁱⁿ unmittelbarer Nähe des Anstansortes. Ausser den Kindern werden noch etwa 300 bis 400 Erwachsene ausgespeist, was eine Störung des Schulbetriebs verursacht. Ein grosser Uebelstand ist es, dass sich in der Schule die Küche selbst befindet, da es an einem entsprechenden Abzug fehlt, müssen die Türen offen gehalten werden und die Küchendämpfe gehen durch das ganze Schullokal und durch die Schulzimmer. Die Abfälle werden in einem Luftschacht abgelagert und der Gestank der Abfälle geht durch das ganze Haus. Solche Zustände, die auch bei anderen Schülernausspeisungen bestehen, sind eine Feindseligkeit gegen die Kinder der arbeitenden Bevölkerung und eine Lehrerfeindlichkeit. Die Frage der Wöc-Küchen wäre ganz einfach zu lösen, sie sollten in einem der Wohnhäuser der Gemeinde Wien untergebracht werden. (Beifall bei der Einheitsliste).

St.R. Dr. Tandler bemerkt zu den Ausführungen der GRin. Wielisch Kinder die Fortsetzung der Ausspeisungen an gedeckten Tische sei insbesondere auch eine Erziehungsfrage und es bedürfe daher zu ihrer Verallgemeinerung einer gewissen Zeit. In Beantwortung der Anfrage des GR. Höppeler, teilt der Referent mit, dass im Laufe dieses Jahres um rund 5500 Kinder

mehr ausgespeist werden müssten, als im Voranschlag vorgesehen war. Was die von GR. Höppeler gerügten Uebelstände betreffe, so würde er selbst am liebsten die Speisestätten aus den Schulen wegverlegen, das war bisher aber nicht in einem grösseren Umfange nicht möglich, da wir an die Ausspeisungsdistrikte gebunden sind. Wir trachten, diese Distrikte womöglich zu verkleinern. Wir haben auch versucht, in einem Gemeindehaus eine Küche unterzubringen, das hat aber noch zu viel ärgeren Umständen geführt. Die Kücheneinrichtung in der Margaretenstrasse 103 passt uns schon lange nicht. Wir werden uns bemühen, den dort bestehenden Uebelständen so weit wie möglich, abzuwehren. Lebhafter Beifall bei der Majorität. Der Antrag wird angenommen.

Der Antrag des GR. Weber Zuschusskredite zur städtischen Wohnhausverwaltung zu bewilligen, wird ohne Debatte angenommen.

GR. Weber referiert sodann über den Antrag, die auf Grund des § 96 G.V. getroffene Verfügung betreffend den Umbau der Augartenbrücke und die Errichtung einer Notbrücke für diesen Notbau, sowie die Bewilligung eines Kredites von 100.000 Schilling zur Deckung der im Jahre 1927 für den Bau der Notbrücke und für die Durchführung von Tiefbohrungen auflaufenden Kosten, sowie wegen ^{in den Hauptvoranschlag für das Jahr 1928} Einsetzung eines Betrages von 500.000 Schilling zur Deckung der im Jahre 1928 auflaufenden Kosten nachträglich zu genehmigen.

Vizebürgermeister Hoss (E.L.) bemerkt, eine Verfügung des Bürgermeisters auf Grund des § 96 wäre nicht nötig gewesen, da schon seit langem ein Programm bezüglich Umbauten und Neubauten von Brücken über den Donaukanal besteht und das städtische Bauamt rechtzeitig in der Lage gewesen wäre, die kompetenten Stellen auf den Zustand der einzelnen Brücken aufmerksam zu machen. In Zukunft wird hoffentlich wenn Bauführungen anderer Brücken in Betracht kommen, rechtzeitig an den Gemeinderat direkt herangetreten werden. Der Redner macht darauf aufmerksam, dass in dem ursprünglichen Programm daran gedacht war, vor dem Umbau der Augartenbrücke eine Brücke im Zuge der Seegasse zu führen. Es ist hier nicht erklärt worden, ob man von dem Bau dieser letzteren Brücke ^{in der nächsten Zeit} abgekommen ist. Wenn sie aber/gebaut werden soll, wäre jetzt die Erbauung einer Notbrücke nicht notwendig. Von dem für die Verbindung des 21. Bezirkes in den anderen Bezirken in Betracht kommenden Brücken entspricht nur eine nach jeder Richtung. Schon lange vor dem Kriege hat sich gezeigt, dass die Reichsbrücke, die Belastung nicht mehr verträgt und während des Krieges musste auch eine Verstärkung vorgenommen werden. Es wäre endlich auch notwendig, den Strassenbahnverkehr über die Reichsbrücke zweigleisig zu führen. Mit Rücksicht auf die Entwicklung des 21. Bezirkes und der Kaisermühlen, sowie mit Rücksicht auf den Badeverkehr müsste dem Umbau der Reichsbrücke die grösste Aufmerksamkeit gewidmet werden. Im Stadtsenat, wo Redner diese Sache zur Sprache gebracht habe, habe der Bürgermeister gemeint, dass das eine Sache des Bundes sei. Wenn es auch Sache des Bundes ist zu den Kosten beizutragen, so ist es doch Sache der Gemeinde zu konstatieren, dass der Umbau und die Ausgestaltung der Reichsbrücke dringlich ist. Wenn diese Konstatierung erfolgen sollte, müsste die Gemeinde Verhandlungen mit dem Bund einleiten und beide Faktoren müssten dann über die Beitragsleistung einig werden. Der Redner möchte den Bürgermeister ersuchen, seinen im Stadtsenat geäusserten Standpunkt fallen zu lassen und nicht zu warten, bis sich der Bund an die Gemeinde wendet, sondern bezüglich der Vorarbeiten/dem Gemeinderat ehestens einen Antrag vorzulegen. (Lebhafter Beifall bei der Einheitsliste.)

Bürgermeister Scitz bemerkt, Vizebürgermeister Hoss habe aus seiner seinerzeitigen Feststellung über die Kompetenz bezüglich der Reichsbrücke, offenbar einen falschen Schluss gezogen, der im Übrigen sehr gefährlich ist und die Gemeinde sehr schwer schädigen könnte. Ich bin, sagt der Bürgermeister, niemals der Ansicht gewesen, dass wir nicht die Aufgabe hätten, die Regierung aufmerksam zu machen, wenn eine Strasse, ein Gebäude oder eine Brücke, deren Erhaltung Bundeskompetenz ist, Mängel aufweisen.

Mein Vorgänger und ich selbst haben die Regierung wiederholt aufmerksam gemacht, dass der heutige Zustand der Reichsbrücke unerträglich ist, ein Verkehrs- hindernis schwerster Art. Wir haben die Regierung wiederholt nahegelegt, diese Brücke umzubauen und vor allem zu erweitern. Diese Erweiterung muss, aber Zwangsmittel, der Brücke zu veranlassen, stehen uns nicht zur Verfügung. Es bleibt uns nichts anderes übrig, als an die Regierung immer wieder zu appellieren und sie darauf zu verweisen, welche ungeheuren Steuerbeträge aus der Steuerkraft der Wiener Bevölkerung dem Bunde zufließen und welche ungeheuren Leistungen der Bund in anderen Ländern vollbringt, während er in Wien im Verhältnis zu dem von der Wiener Bürgerschaft aufgebracht Steuern sehr wenig tut.

(Zwischenrufe bei den Parteien der Einheitsliste.) Vizebürgermeister Hoss: Ohne Verhandlungen kommen Sie über die Frage nicht hinweg! Wenn es sich z.B. um eine Brücke handelte, zu deren Erhaltung die Gemeinde Wien oder das Land Wien verpflichtet wäre, und der Bund hätte aus irgendeinem Grund auch ein Interesse daran, dass die Brücke in Ordnung gebracht wird, so würde der Bund die Gemeinde Wien aufmerksam machen können. Umgekehrt ist es ebenso. Ich kann immer nur mahnen. Wenn wir vom Bund etwa verlangten, dass er einen Beitrag für eine Brücke leistet, die wir zu führen haben, würde der Bund das ablehnen. Ebenso ist es unmöglich, dass eine Gemeinde oder ein Land den Bund subventioniert. Der Bund hat vielmehr seine Aufgaben mit seinen Mitteln, die ja das Wiener Steuerträger reichlich leisten, zu erfüllen.

Vizebürgermeister Hoss: Ich bitte nur den Herrn Bürgermeister, nicht so lange zuzuwarten, bis eine Katastrophe eintritt!

Bürgermeister: Ich bedauere nur die Bevölkerung von Wien, vor allem die Menschen, die sich bei der Reichsbrücke, wie im Kriege oft anstellen müssen, das ist unerhört. (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten).

Vizebürgermeister Hoss: Sie haben im Stadtsenat eine ganz andere Meinung geäußert!

Bürgermeister: Ich habe auch gewisse Beziehungen zu Kargen und Stadlau und stehe daher mit diesen Bezirksteilen unangenehm im Verkehr. Ich habe mich meine Meinung nicht erst als Bürgermeister gewonnen, sondern schon seit Jahren und habe sie bei jeder Gelegenheit gegenüber der Regierung und auch im Stadtsenat geäußert. In dieser Frage sollten alle Wiener ohne Unterschied der Partei eines Sinnes sein. (Lebhafter Beifall und Handklatschen bei den Sozialdemokraten).

GR. Hörmayer (E.L.) bemerkt, die Gemeinde Wien habe das größte Interesse an dem Umbau der Reichsbrücke. Ein Plan besteht bereits, es werden auch Unterhandlungen mit Firmen geführt und in diesem Jahre hätte bereits mit dem rechten Gehwege begonnen werden sollen. Die Gemeinde muss in der Frage die Initiative ergreifen. Was die Augartenbrücke betrifft, so entspricht sie in keiner Weise den Verkehrsanforderungen. Der Redner spricht sich dafür aus, dass zunächst der Bau der geplanten Brücke im Zuge der Seegasse ehestens in Angriff genommen werde. (Beifall bei den Parteien der Einheitsliste).

GR. Daffinger (chr. sos.) erklärt, dass sich durch einen Bau einer Brücke über den Donaukanal im Zuge der Seegasse der Bau der Notbrücke hätte ersparen lassen. Zwischen der Augartenbrücke und der Friedensbrücke ist kilometerweit keine Brücke. Der Bau einer Brücke im Zuge der Seegasse wäre daher mehr als notwendig. Er bemängelt weiters, dass die alte

Brigittabrücke seit ihrer Abtragung am Donaukanalufer lagert, wo sie jeder Witterung ausgesetzt ist.

Der Redner kritisiert dann noch, dass der Umbau der Friedensbrücke noch nicht fertig ist und grosse Teile der Treppelwege am Donaukanal durch Ablagerung von Baumaterialien Jahre hindurch verrottet sind. In Oberösterreich wurde in sieben Monaten die neue Draubrücke fertiggestellt. Was in Oberösterreich möglich ist, muss auch der Gemeinde Wien möglich sein. Gemeinderat Daffinger tadelt schliesslich, dass städtische Unternehmungen, wie die städtische Strassenbahn zum Beispiel, missige Mittel für den Brückenbau beistellen müssen, und erklärt, dass der Bau einer Brücke Sache der Verwaltung ist. (Beifall)

In seinem Schlusswort erklärt Stadtrat Weber, dass der Bau der Notbrücke unbedingt erforderlich ist. Bezüglich der Wiederverwendung der Brigittabrücke bemerkt der Referent, dass es Monate gedauert hat, bevor der Bund seine grundsätzliche Zustimmung zur Aufstellung der Brücke in Simmering gegeben hat. Damit ist aber der Gemeinde noch nicht gedient. Es sind Verhandlungen wegen des Vertrages notwendig, aber es ist unmöglich, zu solchen zu kommen.

Der Antrag wird dann angenommen.

STR. Weber referiert dann über die Instandsetzungsarbeiten im Neuen Amtshaus, die durch den Brand erforderlich wurden. Die Instandsetzungsarbeiten und der Einbau von neuen Kanzleiräumen kosten 330.000 Schilling. An der Wiederherstellung des Dachstuhles wird mit aller Kraft gearbeitet. Der Dachstuhl wird aus Eisenbeton bestehen, wodurch eine Brandgefahr ausgeschlossen ist.

GR. Kunschak (E.L.) nimmt nun in längeren Ausführungen zum Brand im Neuen Amtshaus Stellung. Er wirft die Frage auf, wie der Brand überhaupt hat entstehen können und wie so es solche Dimensionen hat annehmen können, ohne dass er von Organen der Gemeinde entdeckt wurde. Als die Feuerwehr anrückte, stand der Dachstuhl schon in hellen Flammen. Wie steht es um den Feuersicherheitsdienst in dem Amtsgebäude, in dem eine Unmenge von Dokumenten von unersetzlichen Wert aufbewahrt werden? Wieso wurde der Brand nicht von Gemeindeorganen entdeckt? Besteht überhaupt ein Feuerwachdienst? Wenn ein solcher wirklich bestand und trotzdem der Brand nicht entdeckt wurde, so haben sich die verantwortlichen Stellen einer groben Fahrlässigkeit schuldig gemacht. Auf eine Anfrage im Finanzausschuss wurde mir mitgeteilt, dass kein Feuersicherheitsdienst besteht. Der

Torwart schliesst um neun Uhr das Tor und das Gebäude ist unbeaufsichtigt. Das ist schon eine grobe Fahrlässigkeit. Die Schutzwache wurde zu dem Zweck aufgestellt, das Gemeindeeigentum besser zu überwachen. Tausend Menschen wurden neuangestellt und niemand wurde zum Feuerwachdienst bestellt. An der Spitze der Schutzwache steht der Branddirektor und damit ist der Schutzwache doch auch schon die Verpflichtung zum Feuerwachdienst auferlegt. Es wäre auch interessant zu erfahren, welcher Schaden ausser dem Materialschaden noch entstand. Es wird gesagt, dass auf dem Dach nichts oben war. Das Dach allein aber hat ja nicht gebrannt, es ist auch ein Büro ausgebrannt. Nach einer Version soll der Brand gar nicht im Dachstuhl, sondern im Büro ausgebrochen sein. Auch unter den Feuerwehrleuten herrscht diese Ansicht vor. Wenn nun gesagt wird, dass nichts verbrannt ist, so wird man misstrauisch ob nicht ein gewisser Grund vorhanden ist, etwas zu verheimlichen. Wie wird jetzt der Feuer-

dienst durchgeführt? Wird die Schutzwache als Brandpolizei benützt. Ich bitte darüber um Aufklärung. (Beifall).

In seinem Schlusswort erklärt Stadtrat Weber, dass der Brand im Neuen Amtshaus schon wiederholt besprochen wurde. Der Magistrat ist ununterbrochen bemüht, der Ursache des Brandes nachzuforschen. Man kann heute über die Ursachen nur mutmassen. Durch den Bau des neuen Dachstuhles aus Eisenbeton ist jetzt ein Brand überhaupt ausgeschlossen.

Der Antrag wird angenommen.

GR. Hofbauer (soz. dem.) referiert über Errichtung von Gartenanlagen, Baumpflanzungen und Einbau von Sitzgelegenheiten in bestehenden Anlagen und ersucht um Genehmigung eines Nachtragskredites von 276.000 Schilling.

GR. Hörmayer (E.L.) führt Beschwerde über die Vernachlässigung des Schüttels. Dort werde für die Pflege der Gartenanlagen fast gar nichts getan. Wiederholt wurde auch von der Minderheit verlangt, dass die Vorkais der Donau gereinigt werden. Dort sollte man eine Rasenanlage und Sitzgelegenheiten schaffen.

GR. Körber (E.L.) sagt, dass die Gartenanlage am Volkwehrplatz jetzt der Bevölkerung teilweise entzogen werde, weil dort für die Kinderfreunde ein Spielplatz geschaffen wird. Auch die alte Bauhütte hat die Gemeinde den Kinderfreunden übergeben. Diese Bauhütte war schon sehr schlecht. Jetzt wurde der Platz um diese Bauhütte abgezäunt und nur ein schmaler Weg führt zur Kirche. Bemerkenswert ist, wie diese Hütte den Kinderfreunden übergeben wurde. Am 14. September wurde im zuständigen Gemeinderatsausschuss ein Antrag auf Ueberlassung eines Teiles der Gartenanlagen am Volkwehrplatz an die Kinderfreunde eingebracht. Die Post wurde aber abgesetzt und im Amtsblatt kann man lesen, dass der Stadtsenat bereits am 2. August die Bauhütte mit einem Kostenaufwand von 19.800 Schilling instandsetzen liess. Auf diese Weise hat man ohne Ausschussbeschluss den Kinderfreunden einen Teil des Parks und die Bauhütte übergeben und dazu noch aus Steuergeldern die Bauhütte repariert. Das ist gegen die Vorschriften der Geschäftsordnung, weil zuerst der Ausschuss und dann erst der Senat die Angelegenheit behandeln hätte müssen. Hier wird eine bereits bestehende Gartenanlage der Bevölkerung entzogen und einem Parteiverein gegeben. Redner beantragt, dass die alte Bauhütte abgetragen werden soll, das Drahtgitter zu entfernen sei, weil es widerrechtlich aufgestellt wurde.

GR. Müller (E.L.) meint, dass viele Gartenanlagen zu politischen Zwecken benützt werden. In Meidling ist seit fünf Jahren der Miesbachgarten an die Kinderfreunde verpachtet, wodurch der Bevölkerung ein schöner Park entzogen wird. Der Pachtvertrag soll nun abgelaufen sein. Man müsste nun diese Anlage der ganzen Bevölkerung zugänglich machen. Sonst wäre es besser, dass auf solchen Anlagen eine Tafel angebracht werde, auf der in grossen Lettern zu lesen sein müsste: Den erholungsbedürftigen Menschen entzogen von der Gemeinde Wien unter Verwaltung. (Beifall bei der Minderheit).

GR. Hofbauer erwidert, dass die gegenwärtige Gemeindeverwaltung bereits 400.000 Quadratmeter neue Gartenanlagen geschaffen hat. Dazu kommen noch einige grosse Parkanlagen, die bald vollendet werden. Die Anlage auf dem Kongressplatz ist rund 100.000 Quadratmeter gross, der Wasserpark in Floridsdorf umfasst 250.000 Quadratmeter und die neuen Anlagen in Döbling und auf der Schmelz zusammen rund 25.000 Quadratmeter. Auch viele Schrebergartenanlagen sind heute bereits Erholungsstätten für die gesamte Bevölkerung. Was die Bauhütte am Volkwehrplatz anht, so wäre es Vergeudung von Gemeindegeldern, dieses Haus

niederzureissen. Es erfüllt ganz gut seinen Zweck und wird den Kindern gute Dienste leisten. Es ist merkwürdig, dass die Minderheit jetzt plötzlich diese Bauhütte entfernen will, während früher, als noch der Pfarrhof dort untergebracht war, dieses Bauwerk nicht im Wege stand. Der Miesbachgarten ist sehr klein und man müsse auch für die Kinder Erholungsstätten und Spielplätze wachhaken.

Der Antrag des Referenten wird angenommen, der Antrag des Referenten Körber wird abgelehnt.

GR. Iser ersucht um die nachträgliche Genehmigung der Verfügung des Bürgermeisters auf Bewilligung eines Zuschusskredites von 200.000 Schilling für Strassenölungen. Die Arbeiten duldeten keinen Aufschub und es wurde eine ganze Reihe von Strassen staubfrei gemacht.

GR. Uebelhör (E.L.) wendet sich gegen die Erledigung dieser Post mit Hilfe des Paragraph 96. Es ist nicht die einzige Post, die bevor noch der Gemeinderat in die Lage kommt, dazu Stellung zu nehmen, erledigt wird. Dadurch werde der Gemeinderat herabgewürdigt. Die Minderheit müsse verlangen, dass eben mehr Sitzungen stattfinden, dann werde dieser Paragraph nicht mehr so oft angewendet werden müssen. Für die Mehrheit bedeuten mehr Gemeinderatssitzungen ohnedies keine Belastung, weil sie ja nur eine Abstimmungsmaschine sei.

Redner führt dann Beschwerde über die Art der Strassenölungen. Die Strassen werden vor der Ölung oft nicht ausgebessert, oft werde auch nur eine Seite geölt, wie überhaupt die Pflege der Strassen viel zu wünschen übrig lässt. Im heurigen trockenen Sommer wurde viel zu wenig bespritzt und die Bevölkerung hatte sehr unter der Staubplage zu leiden.

GR. Merbaul (E.L.) verlangt, dass die Patentsprengwagen mehr verwendet werden und beschwert sich über den schlechten Zustand der Stollberg- und Spengergasse.

GR. Iser entgegnet, dass die Gemeinde rund sechs Millionen Quadratmeter Schotterstrassen zu pflegen hat. Gewiss ist ein Teil dieser Strassen noch sehr schlecht. Aber die ungeheuren Mitteln können nicht in so kurzer Zeit aufgebracht werden. Die Ölung sei gewiss im Anfang für die Bevölkerung mit einigen Unannehmlichkeiten verbunden. Aber diese Art der Staubbündung werde von allen Fachleuten als vorbildlich bezeichnet und auch bei uns hat sie sich bestens bewährt.

Der Referentenantrag wird angenommen.

GR. Iser (Soz. Dem.) beantragt, der Ueberweisung des Gebärungsüberschusses pro 1926 des Betriebes "Baustoffbeschaffung" im Gesamtbetrage von 1.010.361.09 Schilling, und zwar zum Teile an den Betrieb "Wohnungs- und Siedlungswesen" und zum Teile an den Betrieb "Strassenerhaltung und Strassenbau" zuzustimmen und die Verwendung dieser Beträge für Wohnhaus-, Siedlungs- und Strassenbauten im Jahre 1927 zu genehmigen.

GR. Malik (E.L.) bemerkt, dieses Referat biete die Gelegenheit über die skandalösen Vorgänge, zu sprechen, die sich in verschiedenen Unternehmungen zugetragen haben, an denen die Gemeinde Wien beteiligt ist. Es wäre hoch an der Zeit, dass Sie einen Teil ihrer Protektionskinder über den Unterschied von Mein und Dein aufklären. (Lebhafte Zustimmung bei den Parteien der Einheitsliste). Die Öffentlichkeit beschäftigt schon seit längerer Zeit schon sehr stark mit der Person des Herrn David Haas, der seinerzeit mit einigen anderen, die sogenannte Batag gegründet hat. Er musste aus dieser Gesellschaft ausscheiden, jetzt finden wir ihn aber wieder bei der Gemeinde Wien in leitender Stellung. (Lebhafte Rufe: Hört! Hört! bei der Einheitsliste.) Welcher Mandatar hat diesem Mann diese Stellung zugeschanzt? David Haas war bei der Baustoffe A.G. als Subunternehmer angestellt, so dass die Angestellten nicht Angestellte der Gemeinde Wien, sondern des David Haas sind. Daraus geht hervor, dass die Gemeinde Wien alle Schliche anwendet, um die Arbeiter nicht bei der Gemeinde Wien anstellen zu müssen. Der David Haas hat in

die Listen ein höheres Sandquantum eingestellt (Lebhafte Hört- HörtRufe bei der Einheitsliste), so dass sich ein höherer Aufladelohn ergibt und auf Grund der Lohnlisten wurden diese Lohnbeträge ausbezahlt. Er hat den Arbeitern die Löhne ausbezahlt, hat sie aber am nächsten Tag mit dem Besuchen zurückverlangt, dass er sich geirrt habe und hat die Gelder für seinen eigenen Genuss verwendet. (Lebhafte Hört- HörtRufe bei der Einheitsliste). Bei der Kontrolle an der Ladestelle ist man kurioserweise nicht darauf gekommen, dass das verrechnete Quantum nicht stimmt. Eine Ähnliche skandalöse Geschichte gibt es bei der Gesiba, die die Gemeindebauten mit Fussbodenbrettern beliefert. Die Gesiba hat sich hier wieder der Firma Deutsch & Tuschel als Subunternehmer bedient, obzwar diese Firma vom Fussbodenbrettel überhaupt keine Ahnung hat. (Lebhafte Rufe Hört! Hört! bei der Einheitsliste). Man hat der Firma Riesenaufträge übermittelt, sie war darauf nicht eingerichtet, konnte die Riesen nicht trocken und daher wurden die nassen Brettel auf den Bau geliefert. In der Gesiba sitzen einflussreiche sozialdemokratische Mandatäre. (Lebhafte Rufe: Hört! Hört! Wenn diese Fussbodenbrettel auf den Bau geliefert werden, kommen die Bauleiter mit ihren Pflichten in schweren Konflikt, weil sie die Gefahr laufen, es sich mit den Rathausgewaltigen zu verderben. Leider hat sich die traurige Tatsache ergeben, dass in den Wohnhausbauten, wohin diese Firma die Brettel geliefert hat, die Brettel aufgerissen werden müssen. (Hört! Hört! bei der Einheitsliste). Die Auswechslung der Brettel kostet 16 Milliarden Kronen. (Stürmische Rufe: Hört! Hört! bei der Einheitsliste), die infolge dieser Miswirtschaft verpulvert worden sind. Die Gemeinde soll es wie jeder anständige Bauherr machen, sie soll von berufenen Architekten die Pläne herstellen, sie vom Bauamt überprüfen lassen und dann die Arbeiten ausschreiben.

Was den Fall Siegel angeht, muss ich, sagt der Redner, über diese Dinge leider in Abwesenheit des verantwortlichen Referenten sprechen, da er krank im Spital liegt. So weit die persönliche Lage der Kranken in Frage kommt, ist das für mich peinlich, aber dieser Umstand darf uns nicht hindern, im Interesse der Allgemeinheit und des Ansehens und der Ehre des Gemeinderates restlose Aufklärung zu verlangen. (Lebhafte Zustimmung bei der Einheitsliste). Ich stelle daher an Stadtrat Breitner die Aufforderung, uns ^{uneingeschränkte Aufklärung} darüber zu geben, da er der Referent ist, von diesen Dingen wissen muss und für den Kranken verantwortlich ist. Wenn die Minderheit nicht eher ruhen, bis das Ansehen und die Ehre des Wiener Gemeinderates wieder hergestellt sind. (Lebhafte Zustimmung bei der Einheitsliste). Der Redner verlangt vom Referenten Aufklärung über den Fall Haas und darüber, wer der Firma Deutsch & Tuschel zu ihren Arbeiten verholfen hat.

St.R. Breitner: Ich will lediglich als derzeitiger Leiter der Verwaltungsgruppe des Stadtrates Siegel auf den letzten Teil der Ausführungen des Gemeinderates Millik zurückkommen, die sich mit der Person des Stadtrates Siegel beschäftigen (Lebhafte Rufe bei den Christlichsozialen: Nicht mit der Person!) Mit jenen Angriffen also, die von einer Zeitung, die hier zu charakterisieren gar nicht der Mühe lohnt, erhoben wurden und die in der Rede des Gemeinderates Millik einen Widerhall gefunden haben. Demgegenüber stelle ich folgendes fest: Seit Jahrzehnten gehört es zu den allgemeinen Gesetzen jedweder öffentlichen Verwaltung nicht bloss in Oesterreich, sondern in der ganzen Welt, dass ein Mandatar, der einer ehrenrührigen, einer unzulässlichen Handlung beschuldigt wird, entweder sofort gegen seinen Angreifer die gerichtliche Klage einzubringen hat, oder von seinem Platz zu verschwinden hat. Findet er nicht den Mut zur Klage, dann ist er gerichtet. Hat er diese Klage eingebracht, dann ist es immer und überall Gepflogenheit gewesen, die gerichtlichen Feststellungen abzuwarten. Dann muss jedermann

so lange mit seinem Urteil zurück halten, bis vor einem Spruch, wo es keine Verschleierungen, keine Verwischungen gibt, der Tatbestand restlos aufgeklärt ist. Stadtrat Siegel ist schwer erkrankt. Es wäre begreiflich gewesen, wenn dieser Mann, der sicher noch lange Zeit der Erholung bedürftig wird, falls es ihm gelingt, die zerstörende Krankheit, die in ihm wütet, zu überwinden, auf seine Stelle verzichtet und sich der Ruhe hingegeben hätte. Es wäre begreiflich gewesen, wenn dieser ^{bitter} kranke Mann etwa auch die Aufregungen gescheut hätte, die mit einer solchen Klage verbunden sind. Beides ist nicht geschehen. Stadtrat Siegel hat, als man ihn trotz seiner ^{grausamen} Krankheit von diesen Angriffen Kenntnis gegeben hat, das getan, was er oben auf Grund seines guten Gewissens zu tun sich verpflichtet und berechtigt erachtet hat. Er hat ohne jeden Verzug seinen Anwalt beauftragt, gegen den Angreifer die gerichtlichen Schritte einzuleiten. Mehr kann von ihm nicht verlangt werden. Nun ist es einfach Aufgabe aller derjenigen, die daran ein Interesse nehmen, in aller Ruhe den Spruch des Gerichtes abzuwarten.

Wer diesen Mann gekannt und gesehen hat, mit welcher Hingabe er hier tätig war, wie er sich mit dem Aufgebot seiner letzten Kraft immer wieder zur Arbeit geschleppt hat, wird genau wissen, dass Stadtrat Siegel guten und ruhigen Gewissens diese Klage eingereicht hat. Wir aber haben keine Veranlassung, ja gar kein Recht dem Urteile des Gerichtes vorzugreifen. Ich glaube, dass auch die Minderheit die Gepflogenheit, die nicht bloss die Gepflogenheit des Wiener Gemeinderates, sondern die der ganzen Welt ist, achten soll. Es ist ganz überflüssig, in diesem Saale einen Mann Kränkungen zu bereiten, der seine Ehrenpflicht ohne Säumen erfüllt hat. Die Klage ist eingebracht. Die Verhandlung wird sobald als irgend möglich stattfinden. Dann wird Gelegenheit sein, sich über die Stichhaltigkeit der Angriffe ein klares Bild zu machen. Wir sind sicher, dieser Urteilspruch wird jenes Bild, das wir vom Stadtrat Siegel nicht nur aus den neun Jahren seiner Tätigkeit in der Gemeinde, sondern aus seinem ganzen arbeitsreichen mühevollen Leben gewonnen haben, nicht mit dem geringsten Makel, nicht mit dem leisesten Schatten behaften. (Lebhafte Beifall und Händeklatschen bei den Sozialdemokraten).

GR. Erban (S.L.) bemerkt, Stadtrat Breitner habe nichts über den Fall David Haas gesagt. (Rufe bei der Mehrheit: Das wird der Referent tun!). Wir haben im technischen Ausschuss über den Fall eine Anfrage an den technischen Referenten gerichtet und von ihm erfahren, dass der Fall den Tatsachen entspricht, nur dass die Summe zu hoch gegriffen erscheint. Das zuständige Kreisgericht Arneuburg hat sich mit dem Fall beschäftigt und hat nur den David Haas auf freien Fuss gesetzt, aber die Verhandlungen sind in Zuge. Der Referent oder der Leiter der Gruppe hätte darüber dem Gemeinderat berichten sollen. Dasselbe gilt von der Firma Deutsch & Tuschel. Der Referent möge Aufklärung darüber geben, ob diese Firma zum vollen Schadenersatz an die Gemeinde veranlasst wurde. Wir wollen auch wissen, in welchem Verhältnis der David Haas zur Baustoffe A.G. gestanden ist. Es wird behauptet, dass er bei der Gemeinde Wien mit fixen Bezügen angestellt war, ausserdem aber auch Subunternehmer. Vielleicht ist er sogar noch pensionsberechtigt. Wenn die Gemeinde die Arbeiten so wie jeder andere Bauherr vergeben würde, würde sie viel besser und billiger bauen. (Lebhafte Zustimmung bei der Minderheit, die Beschaffung der Baumaterialien durch die Gemeindeverteuert das Bauen.

Der Redner stellt schliesslich die Anfrage, ob die Gemeinderäte Isler und Broczyner, deren Namen ja auch genannt wurden, den Klageweg betreten haben. Man dürfe über die Angelegenheit mit Floskeln nicht hinweggehen, man muss volle Klarheit geben, damit endlich einmal mit dem Schweinstall aufgeräumt wird. (Beifall bei der Minderheit).

Sechster Bogen.

In seinem Schlusswort antwortete GR. Iser auf die verschiedenen Anwürfe sehr ausführlich. Mit Rücksicht auf die Tendenz, auf die Hintermänner und auf die Aufmachung der Veröffentlichung habe ich zu nächst darauf nicht reagiert. Dann bin ich aber doch zu einem Advokaten gegangen und da wurde mir gesagt, dass, weil keine konkreten Tatsachen vorgebracht werden, ich den Klageweg nicht betreten kann. Ich hätte es nicht geschaut, den Klageweg zu betreten. Er bespricht sodann den Fall Haas. Die Gesellschaft ist an mich mit dem Versuchen herangetreten, ihr mit Rat und Tat beizustehen. Ich habe das unter der Bedingung zugesagt, dass jeder Gesellschafter auf persönlichen Gewinn verzichten muss. Das wurde auch in einem Syndikatsvertrag festgelegt. Vor eineinhalb Jahren bin ich aus der Gesellschaft ausgestiegen. Haas ist wegen Differenzen innerhalb der Gesellschaft ausgestiegen. Ich stelle fest, dass ich nie irgendwie den Haas protegiert habe. In der Sache Haas ist übrigens das Verichtsverfahren anhängig gemacht worden. Wenn der Fall Haas nicht angezeigt worden wäre, hätten Sie uns auch einen Vorwurf gemacht. Dass der amtsführende Stadtrat die Anzeige erstatten liess, ist keine Schwäche der Verwaltung, sondern eine Stärke und das beweist, dass keine Willkür besteht, etwas zu vertuschen. Ich weiss nicht, woher Sie Ihre Ausführungen genommen haben. Wenn Sie aber der Sache wirklich nachgehen, so müssen Sie sich überzeugen, dass alles eine tendenziöse Aufmachung ist. Auch die Vorverhebung bei Gericht ist noch nicht abgeschlossen. Von einer Schädigung von Milliarden kann natürlich keine Rede sein. Nach Schätzungen dürfte die Summe 10.000 Schilling nicht überschreiten, die teilweise gedeckt sind. GR. Iser bespricht nun den Fall der Firma Deutsch & Tuschl. Die Gesiba bekommt in Wege der Bestofferte die Arbeit. Sie hat immer zur besten Zufriedenheit gearbeitet. Deutsch war kein Inzeratentagent und kein Fleischhauer. Sein Vater war in der Leopoldau und Mühlachüttel Gemeinderat. Wir haben über ihn überall die beste Auskunft erhalten. Unrichtig ist, dass er 48 Prozent der Gemeindeaufträge erhalten hat. Zu den Lieferungen werden alle Firmen öffentlich und zu gleichen Teilen herangezogen. Der Redner bespricht nun die Anwürfe, die wegen der Beschaffenheit von Brettelböden erhoben wurden und erklärt, dass es bei Brettelböden immer dazu kommen kann, dass sie "aufstehen". Das ist kein Malheur und das kommt auf der ganzen Welt vor. Zur Ehre der Wiener Presse sei gesagt, dass die übrige Presse sich mit den Angriffen nicht identifiziert, und ich nehme auch nicht an, dass sich die christlichsoziale Partei mit den Angriffen identifiziert. Wenn Sie aber Aufklärung wünschen, so werden Ihnen alle Informationen in voller Öffentlichkeit gegeben werden. (Beifall bei der Mehrheit).

GR. Brocysner (Soz. Dem.) erklärt, dass er mit der Gesiba nichts zu tun habe.

Der Antrag wird hierauf angenommen.

GR. Iser ersucht um Genehmigung des Bauentwurfes für den Bau teil A der Wohnhausanlage am Wienerberg-Spinnerin am Kreuz. Die Kosten betragen zwei Millionen Schilling.

GR. Müller (E. L.) wünscht, dass in dieser Wohnhausanlage die Wohnungen höher gebaut werden sollen. Auch die Zimmer sind viel zu klein geplant, was auch nicht notwendig ist. Die Erschliessung von Zufahrtstrassen zu grossen Wohnhausanlagen wäre ebenfalls von grösster Wichtigkeit.

GR. Pfeiffer (E. L.) bemerkt, dass bei einer rationellen Verwendung der Bau von Siedlungshäusern nicht teurer komme, als der von Hochhäusern.

Der Redner legt ein umfangreiches Ziffernmateriel über die Kosten eines Einfamilienhauses in Währing vor und leitet daraus die Folgerung ab, dass die Gemeinde durch ihre Hochbauten nicht nur ungesünder, sondern auch teurer baue als dies durch die private Bautätigkeit geschehe. Er stellt den Antrag, das Stadtbauamt zu beauftragen diese Ziffern einer Prüfung zu unterziehen und dem Gemeinderat hierüber Bericht zu erstatten (Beifall bei der Minderheit).

GR. Iser bemerkt zu den Ausführungen des Gemeinderats Müller, bei dem fraglichen Objekt sei es nicht möglich, die Wohnungen höher zu bauen, da die Anlage schon in zwei Teilen hergestellt ist und das höher Bauen auch nicht zweckmässig, nicht rationell ist und keine Beschwerde seitens der Wohnparteien vorliegt. Was die Ausführungen des Gemeinderates Pfeiffer ebetrifft, so befasse sich das Stadtbauamt eingehend mit der Frage Hoch- oder Flachbau, man komme aber immer wieder zu dem Resultat, dass sich der Hochbau wesentlich billiger stelle. (Beifall bei der Mehrheit).

Der Antrag des Referenten wird angenommen, der Antrag Pfeiffer wird der geschäftsordnungsmässigen Behandlung zugeführt.

Bürgermeister Seitz kommt am Schlusse der Sitzung auf die heute während der Sitzung gefallenen Zwischenrufe zurück, für die einem Redner der linken und einem Redner der rechten Seite des Hauses der Ordnung ruf erteilt wurde. Eine Meinungsverschiedenheit bestand lediglich darüber, auf welcher Seite der Ruf zuerst gefallen sei. Aus dem stenographischen Protokoll ergibt sich, dass der Ruf zuerst von links gefallen ist. Ebenso ergibt sich aus dem stenographischen Protokoll, dass Gemeinderat Haider einem anderen Gemeinderat die Worte zugerufen hat: Sie sind ein ganz gemeiner Verleumder. Der Bürgermeister ruft den Gemeinderat Haider wegen dieses Ausdrucks zur Ordnung.

Schluss der Sitzung ein Viertel elf Uhr nachts.

~*~*~*~*~